



Medienmitteilung, 31.03.2025

Gesundheit für alle: Breite Unterstützung für ein JA zum Spitalgesetz

Hausärztinnen und Hausärzte, Spitex, Pflegeheime und Spitäler sollen künftig in regionalen Netzwerken koordiniert zusammenarbeiten. Patientinnen und Patienten können so wohnortsnah und bedarfsgerecht behandelt werden. Das ist die Forderung des Gesundheitsberichtes, der vom Kantonsrat im letzten Dezember einstimmig gutgeheissen wurde. Das revidierte Spitalgesetz schafft die beste Grundlage für die Stärkung dieser integrierten Gesundheitsversorgung. Deshalb setzt sich das breit abgestützte Komitee «JA zum Spitalgesetz» für die Annahme bei der Volksabstimmung vom 18. Mai 2025 ein.

Die von der Gesundheitskommission (GASK) erarbeitete und vom Kantonsrat beschlossene Revision des Spitalgesetzes schafft Sicherheit und bringt das aufgrund von früheren Abbauplänen verlorene Vertrauen zurück. An den LUKS Standorten Luzern, Sursee und Wolhusen wird mindestens eine ausreichende, allen zugängliche stationäre medizinische Grund- und Notfallversorgung angeboten. Damit genügend Spielraum für künftigen medizinische Entwicklungen besteht, kann das Leistungsangebot in Ausnahmefällen unter Einbezug der Gesundheitskommission eingeschränkt werden. Karin Stadelmann, Präsidentin Die Mitte Kanton Luzern hält fest: «Mit dem Spitalgesetz werden die berechtigten Anliegen der ganzen Bevölkerung zu Stadt und Land berücksichtigt. Damit kehrt Ruhe ein und die drei Spitalstandorte können sich erfolgreich weiterentwickeln.»

Die medizinische Grundversorgung wird gesichert

Lange begleitete auch die Initiative der SVP die Suche nach einem mehrheitsfähigen Spitalgesetz. Angela Lüthold, Fraktionspräsidentin der SVP erklärt: «Die SVP hat ihre Initiative zurückgezogen, weil das neue Spitalgesetz viele zentrale Forderungen der Initiative übernommen hat.» Es wird auch in Zukunft nicht an allen Standorten alles angeboten, wie die Gegner irreführend behaupten. Das im Gesetz festgelegte Angebot für die Grundversorgung umfasst die Innere Medizin, Allgemeine Chirurgie, Gynäkologie und Geburtshilfe, Anästhesie, Intensivüberwachungspflege (IMC), sowie eine interdisziplinäre Notfallstation mit 24-Stunden-Bereitschaft. Die Umsetzung des Gesetzes ermöglicht, dass Patientinnen und Patienten mit einfachen medizinischen Problemen wohnortsnah und nicht in teuren Zentrumsspitalen mit einer Vielzahl von Spezialisten behandelt werden.

Übermässiger Zentralisierung den Riegel schieben

Seit vielen Jahren besteht für das Angebot der stationären Grundversorgung eine Tendenz zur Zentralisierung. Es gibt deutliche Signale, dass das Angebot an den ländlichen Spitalstandorten auf dem Spiel steht. André Marti, Willisauer Stadtpräsident und FDP-Kantonsrat hält fest: «Der Einsatz des Komitees ist keine regionalpolitische Zwängerei. Vielmehr geht es darum, dass auch für die Bevölkerung auf der Luzerner Landschaft eine vernünftige Nähe zur medizinischen Grundversorgung gesichert bleibt.» Und um einer übermässigen Zentralisierung den Riegel zu schieben, unterstützt er das Gesetz auch als liberaler Kantonsrat. Mit der dezentralen Versorgung bleiben die attraktiven Arbeits- und Ausbildungsplätze zudem in den Regionen erhalten.

Gesundheitsversorgung als Service Public

Die SP sieht die Gesundheitsversorgung als Service Public. Die Bevölkerung und die von ihren gewählten politischen Gremien sollen beim medizinischen Angebot mitreden können. An dieser Mitsprache stört sich das Referendumskomitee. Für SP-Fraktionschef Marcel Budmiger ist aber klar: «Nicht möglichst hohe Dividenden, sondern die medizinischen Bedürfnisse der Bevölkerung sollen das Angebot bestimmen.» Als GASK-Mitglied war Budmiger bei der Erarbeitung des revidierten Spitalgesetzes eng involviert und versichert: «Das Spitalgesetz ist flexibler, als die Gegnerinnen und Gegner meinen.» Deshalb steht die SP klar hinter der Gesetzesrevision.

Mit sinnvoller Zusammenarbeit Fachkräftemangel bekämpfen

Der Fachkräftemangel im Gesundheitswesen ist eine der grössten Herausforderungen. Bei einer Schwächung der Regionalspitäler würden dringend benötigten Fachkräfte verloren gehen. Das Personal, welches in Wolhusen oder Sursee arbeitet, würde bei einer Reduktion des Angebotes nicht automatisch nach Luzern wechseln. Sara Muff, dipl. Pflegefachfrau HF und Kantonsrätin SP, ist überzeugt: «Eine sinnvolle Arbeitsteilung und Zusammenarbeit von Regionalspitälern und Zentrumsspital wirkt dem Fachkräftemangel am besten entgegen.» Zudem schafft das Spitalgesetz die Grundlage für den Erhalt und die Weiterentwicklung von wichtigen Ausbildungsprogramme für Ärztinnen, Ärzten und Pflegepersonal.

JA zum Spitalgesetz aus Sicht von Hausärztinnen und Hausärzten

Die Hausärztinnen und Hausärzte haben dank der meist langjährigen Beziehung mit ihren Patientinnen und Patienten die Erfahrung und das Wissen, welche Behandlung am wirkungsvollsten ist. Aldo Kramis, ehem. Präsident der kantonalen Ärztesgesellschaft dazu: «Es sind nicht immer die hochspezialisierten, technischen Abklärungen und Interventionsmassnahmen gefragt. Oft geht es um die Findung von einfachen Lösungen - wohnortnah, dezentral und an den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung orientiert. Dabei ist die Zusammenarbeit mit den Regionalspitälern von entscheidender Bedeutung.» Er weist auch darauf hin, dass die meisten Hausärztinnen und Hausärzte ihre Ausbildung in den Regionalspitälern absolviert haben und in der Nähe ihre Praxis eröffnen. Das ist für die Rekrutierung von Hausärztinnen und Hausärzten auf der Luzerner Landschaft wichtig.

Der Kanton Luzern braucht das Spitalgesetz

Die Spitalpolitik des Kantons Luzern braucht klare und verlässliche Rahmenbedingungen. Das schafft Sicherheit und Vertrauen. Beides ist entscheidend wichtig für die erfolgreiche Umsetzung der Luzerner Gesundheitspolitik. Deshalb empfiehlt unser Komitee das Gesetz zu unterstützen und am 18. Mai JA zu stimmen.

Auskunftspersonen für die Medien

Marcel Budmiger, Kantonsrat/Fraktionspräsident SP	078 757 99 78
Angela Lüthold, Kantonsrätin/Fraktionspräsidentin SVP	079 606 90 54
Karin Stadelmann, Kantonsrätin/Präsidentin Die Mitte Kanton Luzern	078 850 20 07
André Marti, Stadtpräsident/Kantonsrat FDP.Die Liberalen, Willisau	079 280 15 40
Sara Muff, dipl. Pflegefachfrau HF und Kantonsrätin SP, Sursee	079 534 33 84
Aldo Kramis, ehem. Präsident Luzerner Ärztesgesellschaft, Emmenbrücke	079 473 75 88